

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 18,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung für Deutschland und Oesterreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., jährlich Belohnungsschein, per Brief für Deutschland und Oesterreich 18,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 28.

Die schweizerische Kongress-Regel über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Feuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Jentzen 2830, 2845, 4516 4502, 4525, 4510, 4521.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rußland zum Waffenstillstand bereit

Russische Antwortnote an Polen

Im Einklang mit allen ihren bisherigen Kundgebungen hat die Moskauer Sowjetregierung das Waffenstillstandsgesuch der polnischen Regierung bejahend beantwortet. Folgende Meldung liegt darüber vor:

II. London, 26. Juli.

Ein Radiotelegramm aus Moskau besagt, daß die Sowjetregierung den Waffenstillstandsvorschlag der polnischen Regierung angenommen hat. Das Radiotelegramm, das die russische Regierung am 25. Juli an die polnische Regierung gerichtet hat, lautet:

An den Minister des Aeußeren, Herrn Sapieha, Warschau. Die Sowjetregierung gibt der russischen Obersten Heeresleitung den Befehl, mit dem Militärkommando Polens sofort Verhandlungen einzuleiten, die zum Waffenstillstand führen sollen, der den endgültigen Frieden zwischen den beiden Ländern vorbereiten wird. Die russische Regierung wird die polnische Regierung über Ort und Zeit des Beginnes der Verhandlungen zwischen den Militärkommandos der beiden Städte unterrichten. Der Volkskommissar des Aeußeren, gez.: Tschitscherin.

Die polnische Regierung wird Vertreter, die mit Vollmacht ausgestattet sind, an den von der russischen Regierung zu bestimmenden Ort senden. Die russische Regierung wird gleichfalls die Zeit festsetzen, zu welcher sich die polnischen Vertreter an diesen Ort begeben sollen.

Andere Meldungen besagen, daß die Roten Armeen sich auf Befehl des Bolschewistischen Oberkommandos zurückziehen anfangen. Nach einer Warschauer Meldung soll bereits Grodno von den Russen geräumt und von den Polen wieder besetzt worden sein. Eine Bestätigung der letzten Meldung, die etwas unwahrscheinlich klingt, muß noch abgewartet werden.

Ein neues russisches Angebot

London, 26. Juli.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ hat die Sowjetregierung der englischen Regierung mitteilen lassen, daß sie geneigt sei, zu Beratungen über den Frieden mit Polen nach London zu kommen. Doch verlangt sie vorher, daß sich General Wrangel ergebe, dessen persönliche Sicherheit gewährleistet wird. In der Note erklärt die Sowjetregierung ihre Erstaunen darüber, daß die englische Regierung die Besprechungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen unterbrochen hätte.

Der polnische Frontbericht

I. II. Warschau, 26. Juli.

Polnischer Heeresbericht vom 26. Juli: Der Feind griff gestern den ganzen Tag über südlich von Grodno an. Seinen Hauptangriff richtete er auf Sokolki und auf die Chaussee Wolpa-Koh. Ferner griff der Feind Kelnica westlich von Selwasch an. Unsere Abteilungen kämpften an der Chaussee Slonim-Koljan. Im Gebiete Karpuza-Brezo brachten polnische Abteilungen feindliche Angriffe zum Stehen, und waren den Feind zurück. Im Polische Abschnitt neues. Im Gebiet von Glogiczo verdrängten unsere Angestellte den Feind. Es wurden Gefangene gemacht. Am Styr keine Veränderung. Heftige Kämpfe bei Wiristezko. In zehntägigem Angriff konnte der Feind hier durchbrechen. Im Gebiet von Radziwillo w mußten unsere Truppen die Front stellenweise vor der feindlichen Uebermacht zurücknehmen. Im Abschnitt Arzmenica-Woloczyska bogten wir unsere Front ein. Heftige Kämpfe östlich Bogajow und Zwara. Der Ort Husiatyn wurde vom General Janulajstis wiedergewonnen.

Grodno von den Polen wieder besetzt

S. R. London, 26. Juli.

Infolge der Instruktionen der Sowjetregierung an den bolschewistischen Oberbefehlshaber, daß die Armee sich zurückziehen sollte, haben die Polen Grodno wieder besetzt.

Rücktritt des Chefs des polnischen Generalstabes

St. Paris, 25. Juli.

Die Blätter melden, daß der Chef des polnischen Generalstabes zurückgetreten ist und daß General Bezabowski, Chef der Militärmission in Paris, der in fortwährendem Kontakt mit Koch und General Wigand gewesen ist, an seine Stelle treten wird. In Warschau erscheint eine neue Zeitung unter dem Titel „Swoboda“, d. h. Freiheit. Das Blatt befürwortet eine Annäherung Rußlands und Polens und schlägt vor, in den streitigen Gebieten, welche bis zum Jahre 1772 einen Teil der polnischen Republik bildeten, d. h. Litauen, Ukraine und Weißruthen, eine Volksabstimmung zuzulassen, zur Entscheidung, ob sie zu Rußland oder Polen gehören wollen.

Ein englisches Weißbuch

S. R. London, 25. Juli.

Die britische Regierung hat gestern abend ein Weißbuch veröffentlicht, welches den ganzen Briefwechsel mit der Sowjetregierung enthält, einschließlich der Antwort der Sowjetregierung,

worin sie die Friedensverhandlungen mit Polen bewilligt. Wahrscheinlich werden diese Unterhandlungen auf dem Wege zwischen Moskau und Warschau auf der Grenze zwischen Baranowitsch und Brest-Litowsk stattfinden.

Die Sonderpolitik des Militärs

Rotterdam, 25. Juli.

Der Londoner drahtlose Dienst meldet: Wie verlautet, wird das an die Militärs gerichtete Ersuchen der deutschen Regierung um Zustimmung zur Verstärkung der deutschen Truppen in Ostpreußen gegenwärtig von den Alliierten geprüft. Man ist der Ansicht, daß dieses Ersuchen in gewissem Grade mit der Erklärung des deutschen Ministers des Aeußeren, daß Deutschland die Durchführung alliierter Truppen durch deutsches Gebiet nicht gestatten könne, in Widerspruch steht.

Man kann in der Tat die Berechtigung des Einwandes nicht abstreiten, daß das deutsche Ersuchen um Verstärkung der deutschen Truppen in Ostpreußen in Widerspruch mit der mehrfach von der deutschen Regierung proklamierten Neutralität steht. Auch hier scheint derselbe Widerspruch sich geltend zu machen, der die deutsche Politik so verhängnisvoll beeinflusst: Der Widerspruch zwischen der offiziellen Regierung der Republik und der Sonderpolitik der militärischen Nebenregierung.

Eisenbahner schüzen die Neutralität

Berlin, 25. Juli.

Der erweiterte Vorstand des Eisenbahnerverbandes, der mehr als eine halbe Million Eisenbahnbeamte und Arbeiter vereint, hat unter Teilnahme von Vertretern der Eisenbahner des ganzen Reiches in seiner heutigen Sitzung folgende Entscheidung mit 72 gegen eine Stimme angenommen: Die deutsche Regierung hat für Deutschland die Neutralität gegenüber Polen und Rußland erklärt. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hält diese Politik für die für Deutschland einzig richtige und erklärt es für eine unbedingte Notwendigkeit, jede Verletzung der Neutralität durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Neue Munitionstransporte

Nach einer Meldung aus Marburg traf dort ein Munitionstransport ein, der von Gießen kam und für Polen bestimmt war. Der Zug enthielt auch Gewehre und Maschinengewehre und war von ausländischen Offizieren begleitet. In Gießen weigerten sich die Eisenbahnarbeiter, den Zug weiterzubefördern, und in Marburg sammelte sich eine größere Menschenmenge an, die gegen die Weiterbeförderung des Zuges protestierte. Der Zug verbleibt vorläufig in der Nähe von Marburg, bis weitere Anordnungen der Reichsregierung eintreffen.

Deutschland und der Völkerbund

Der Irrtum der bisherigen Politik

Paris, 26. Juli.

Lord Robert Cecil hatte eine Unterredung mit einem Vertreter des „Petit Journal“, in der er sich über den Völkerbund aussprach. Er erklärte, daß man jetzt in Bezug auf Rußland den von Europa seit achtzehn Monaten begangenen Irrtum einsehen müsse, den Frieden einzig und allein auf militärische Elemente gründen zu wollen, ohne sich um wirtschaftliche Beziehungen zu kümmern. Kein Mensch von gutem Willen hätte Frankreich Schach-Lothringen streitig machen können und man habe sich auch gegen ein freies Polen nicht gewendet. Die Behauptung des Rheinlandes sei ein zweifelhaftes Glück für Frankreich. Man könne ein fremdes Land nicht auf die Dauer besetzen, ohne sich selbst zu schwächen. Amerika werde niemals in eine englisch-französisch-amerikanische Allianz einwilligen und auch England wolle keine Allianz, nein, nur ein festes Einverständnis mit Frankreich.

Im Völkerbund müßten Deutschland und Amerika offiziell vereint sein. Man könne Europa ohne Deutschland nicht wieder aufbauen. Amerika würde sich jedenfalls erst später dem Völkerbund anschließen, wenn dieser ein festes Gebäude geworden sei. Vorläufig müsse man ohne Amerika fertig werden.

Das Programm des Völkerbundes

London, 24. Juli.

Neuer erzählt, daß der Völkerbundrat am 30. Juli in San Sebastian zusammentreten soll. Die Hauptverhandlungsfragen sind: 1. Ergreifung von wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Staaten, welche unter Verletzung von Bestimmungen, die sie als Mitglieder des Völkerbundes eingegangen sind, in den Krieg eintreten; 2. Errichtung einer ständigen sanitären Organisation; 3. Unterbreitung der von der Internationalen juristischen Kommission im Haag und dem Internationalen Gerichtshof ausgearbeiteten Gesetzentwürfe; 4. Prüfung der bezüglichen Vorschläge des Rates und der Versammlung in Hinblick auf den Zusammentritt der Völkerbundversammlung am 15. November; 5. die Verantwortlichkeit des Völkerbundes, die sich aus den Ueberweisungsbestimmungen des Friedensvertrages und des Völkerbundespatentes ergibt.

Leimruten

Den Mähern der Wirtschafts- und Sozialpolitik der deutschen Republik ist anscheinend nur ein Mittel bekannt, um die dringend ersehnte Steigerung der Gesamtleistung der Volkswirtschaft herbeizuführen: die schärfere Ausspannung und Ausbeutung der Arbeitskraft. Allerlei künstliche Systeme werden in einer täglich mehr anschwellenden Literatur als neueste Erfindungen milderherziger Sozialethiker angepriesen. Prüft man sie genauer, so findet man stets, daß die Kerngedanken aller dieser Konstruktionen schon ein erhebliches Alter aufweisen. Niemand mag es, dem anmaßend und brutal auftretenden Kapital Opfer an Macht und Selbstherrlichkeit aufzuerlegen und damit die Produktivität der Arbeit zu steigern und die Arbeitsfreudigkeit der Massen anzuregen. Alle Wege, die empfohlen werden, fordern vom Arbeiter das Opfer größter Selbstbescheidung und bieten dafür einige Lockungspillen, die im Wesen reaktionär, gegen den aufstrebenden Willen des Proletariats gerichtet, für den Kampf der Arbeiterklasse mithin gefährlich — und nur mit einigen Scheinkonzessionen überzuckert und mit sozialistischem klingenden, moralischen Reden verbrämt sind.

Wo im Gedankenarsenal ideologischer oder demagogischer Sozialreform der Staub an dicksten lagert, ist auch die Idee der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten stets altersther verwehrt. Neugeschminkt und frisch frisiert stellt man den Ladenhüter wieder zur Schau. Man sollte nicht meinen, daß daraus eine Gefahr für die Arbeiterschaft entstehen könnte. Aber es zeigt sich, daß — nicht nur beim „großen Publikum“, sondern auch unter den Beauftragten der Arbeiterorganisationen — zahlreiche naive Gemüter auf die ebenso dumme wie dreiste Reklame hereinfallen, die das alte Laster als eine soeben frisch entkospete, jungfräuliche Blüte revolutionärer sozialer Einsicht ausgiebt.

Unter den Interessenten befindet sich, wie immer, wenn es gilt, Befehle des Kapitals auszuführen, anscheinend auch das Reichsarbeitsministerium. Bevor die Schlichtungsordnung erlassen, veröffentlichte das Reichsarbeitsblatt einen langen Schwanz von Besprechungen aus den ausländischen Gehegebüchern des gleichen Stoffes. Nun erschien vor einigen Wochen eine Sonderbeilage des gleichen offiziellen Blattes, die allerlei Projekte und Vorschläge für die Verwirklichung der Gewinnbeteiligung enthält. Wenn dieses Symptom nicht täuscht, dann müssen wir auf eine gelehreberische Leistung über dieses Thema gefaßt sein, wofür übrigens auch andere Zeichen sprechen.

Gewinnbeteiligung ist in verschiedener Form möglich. Die Form der vom Arbeiter zu erwerbenden „kleinen Aktie“ wird vielfach erwähnt und sie scheint auch dem Arbeitsministerium unter Schilde vorgeschwebt zu haben. Sie würde die Gewinnbeteiligung auf jene Arbeiter beschränken, die kleine Ersparnisse besitzen und bereit wären, sie dem Unternehmer durch Ankauf kleiner Aktien zur Verfügung zu stellen. Damit würde dieses System auch den Anreiz zu höherer Leistung, der durch die Aussicht auf einige Wenigke Dividende hervorgerufen werden soll, nur bei diesen wenig zahlreichen Arbeitern wirksam werden lassen. Es wäre mithin als Mittel zur Steigerung der Produktivität durch schärfere Ausspannung der Arbeitskraft völlig untauglich, denn es ließe die Massen der Arbeiterschaft unberührt. Außerdem aber wäre die kleine Aktie ein Mittel, Teile der Arbeiter an das Unternehmen zu fesseln und sie in ihrer Freizügigkeit zu behindern. Das hätte der Gewerkschaftsbewegung, deren Kraft auf der völlig freien Verfügung des Arbeiters über seine Arbeitskraft beruht, zu allen übrigen Hemmungen, die man ihr im Lande der vollendeten Demokratie in den Weg wälzt, gerade noch gefehlt. Nicht zuletzt dieser Wirkung wegen übt die Idee aus viele Unternehmertreue einen sympathischen Reiz aus. Deswegen werden die Gewerkschaften diese Methode der Ueberbeteiligung der Arbeiterschaft bekämpfen müssen.

Besonders fündige Köpfe erweitern den Plan, indem sie vorschlagen, die Dividende möge nicht ausbezahlt, sondern „akkumuliert“, zum „Kapital“ des Aktienbesitzenden Arbeiters geschlagen werden. Erstens: damit dem Arbeiter die Belanglosigkeit der Dividendenpfeinnige nicht zum Bewußtsein kommen möge, und zweitens: damit die Verknüpfung des Arbeiters mit dem Unternehmen noch inniger gestaltet werde. Wo der Spartopf verankert ist, soll das Vaterland des Arbeiters sein, dem er innig in Treue verbunden bleibt.

Nun kann man sich allerdings ein System von Gewinnbeteiligung vorstellen, das, ohne die Dividendenzuteilung an Aktienbesitz zu knüpfen, jedem Arbeiter eines Betriebes ebenso eine Beteiligung am Gewinn zubilligt. Wie verlockend das klingt!

Aber Gewinnbeteiligung als Mittel zur Anreizung der Arbeitskraft setzt unterschiedliche Behandlung der Arbeiter voraus. Die Auswertung einer für alle gleichen Gewinnrate würde die „Hände“ nicht in lebhaftere Bewegung bringen. Somit müßte eine nicht an Aktienbesitz geknüpfte Gewinnbeteiligung eine Mindestleistung voraussetzen und mit einem Affordlohsystem verbunden sein. Das Affordlohsystem wäre notwendig, einmal um die Mindestleistung einwandfrei zu ermitteln, und ferner, um die Höhe der Dividende der höheren Lohnsumme des

„fleißigeren“ Arbeiters anzupassen, d. h. um durch Berechnung der Dividenden nach dem Jahresergebnis den Arbeiter zur größtmöglichen Steigerung seines Arbeitsverdienstes durch größtmögliche Ersparnisse anpeitschen zu können. In den höflichen Umschreibungen der neuerdings rubelweise auftretenden Sozialisten heißt das: Der Arbeiter oder Angestellte wird Teilhaber am Unternehmen und am Gewinn nach der Höhe der Jahreslohnsumme, die als Kapitaleinslage gilt.

Für den Arbeiter und Angestellten, der die heimtückischen Entlohnungsmethoden der Unternehmer und ihrer Söldlinge aus eigenem Erleben kennt, enthüllt sich dieses System sofort als ein etwas verändertes Prämien-System. Ebenso klar ist es, daß jeder Unternehmer die „Gewinne“ der Arbeiter und Angestellten im Lohnkonto buchen und daß es ihnen Ehrensache sein wird, die als Gewinne gezahlte Summe bei passender Gelegenheit durch mehr oder minder offene Lohnkürzungen oder Verweigerungen von Zulagen unter Hinweis auf die „Gewinnchancen“ des Personals wieder einzubringen.

Wir erkennen ferner sofort, daß die Gewinnbeteiligung, die als Anreiz zur Steigerung der Arbeitsleistung wirken soll, die Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern zur Folge haben muß. Diese Wirkung hat sie mit allen Afford- und Prämien-Systemen gemein, mögen sie nun aufzutreten oder als „Gewinnbeteiligung“ oder sonstwie verkleidet sein. Und diese Folge ist keine zufällige Nebenwirkung, sondern bewußte Absicht und erwünschtes Ziel, ja einzigiger und letzter Zweck des ganzen großen Kopferbrechens.

Darum müssen die Pläne auf den Widerstand der Gewerkschaften stoßen, wenn diese ihre Aufgabe recht verstanden haben, denn schließlich spitzt sich alle praktische Gegenwartsarbeit der Gewerkschaftsbewegung zu auf die möglichst weitgehende Ausschaltung der Konkurrenz unter den Arbeitern, die durch das Ueberangebot an Arbeitskraft und durch das Streben nach ihrem Abschlag entsteht. Umgekehrt ist es das Bestreben der Unternehmer, diese Konkurrenz möglichst wachzuhalten und auszunutzen durch ein Unterangebot an Lohn an die Arbeitssuchenden.

Wir haben ein Beispiel für dieses widerstrebende Interesse im Kampf um die Arbeitsvermittlung erlebt. Der Arbeitsnachweis war jahrzehntlang Mittel im Streit der Widersprüche und Objekt des Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern. Jede Partei suchte sich dieses Plages, auf dem die Konkurrenz der angebotenen Arbeitskräfte zur Entscheidung kam, zu bemächtigen. Die eine Partei, die Unternehmer, um die Konkurrenz zum Zwecke des Lohndruckes auszunutzen, die andere, die Arbeiterorganisationen, um Angebot und Abschlag der Arbeitskraft zu regeln auf Grund der von ihnen geforderten Lohnsätze.

Dieses Spiel des Gegenseitigen wurde mit wechselndem Erfolg fortgesetzt, bis es dem Widerstand der Gewerkschaften gegen die Herabwürdigung der Institute der Arbeitsvermittlung zu Mitteln des Lohndruckes gelang, den Arbeitsnachweis aus der Sphäre des Kampfes herauszuheben, zu neutralisieren und als öffentliches gemeinnütziges Institut zur Anerkennung zu bringen. Damit ist diese Möglichkeit der Ausnutzung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander im Interesse des Profits beseitigt, ganz abgesehen davon, daß die wachsende Solidarität der Arbeiter die Spekulation der Unternehmer ohnehin höchst unattraktiv gestaltet hat.

Es ist sehr wohl möglich, auch die Frage der Entlohnungsmethoden gleich dem Problem der Arbeitsvermittlung zu neutralisieren und zu regeln nach gemeinnützigen Gesichtspunkten. Die Gesellschaft hat ein ebenso großes Interesse an einer gerechten, wertvollen Arbeitskraft, als an einer Entlohnungsmethode, wie an einer vorurteilsfreien Arbeitsvermittlung. Gerade wer vom Ausgleich der Gegensätze träumt, der sollte nicht unter falschem Vorwand nach Mitteln suchen, die Gegensätze von neuem zu beleben und weitere zu schaffen, sondern bemüht sein, immer mehr Objekte

des Streites der Klassen durch Aktionen der Gesetzgebung aus dem Felde des Kampfes herauszuheben. Allerdings wird damit stets eine Stärkung der Stellung der Arbeiterklasse verbunden sein, denn eine Gesetzgebung in anderer Richtung wird den gesehenen Zweck nicht erreichen, sondern den Widerstand der Arbeiterklasse und damit neue soziale Kämpfe hervorrufen.

Eine Neutralisierung solcher Art in Bezug auf die Entlohnungsmethoden ist nur möglich durch die gesetzliche Verpflichtung zum Zeitlohn. Er allein schließt die Ausnutzung der Konkurrenz unter den Arbeitern mit Hilfe heimtückischer Entlohnungsformen durch die Unternehmer aus und mildert somit die ewige Unruhe auf dem Arbeitsmarkt. Der Zeitlohn ist auch deswegen die normale und nächstliegende Form der Entlohnung, weil sich der gesellschaftliche Wert der Arbeit allein nach der darauf verwandten Zeit bemessen läßt. In diesem Sinne ist auch der Affordlohn nur eine verschleierte, schikanöse Form von Zeitlohn, denn auch seine Berechnung geschieht auf Grund der auf das Stück verwandten Arbeitszeit.

Die Gewerkschaften haben darüber zu wachen, daß nicht durch ein Einmüßeln von neuen Methoden der verschärfter Ausbeutung die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander von neuem wachgerufen und das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter geschwächt wird. Darum sind sie auch von jeder unbedenklich für den Zeitlohn eingetreten. Für eine Aenderung dieser Stellung sind keinerlei Voraussetzungen gegeben. Gerade in der Phase entscheidenden Ringens der Klassen tut zielsichere Solidarität doppelt not. Darum ist jedes Abweichen vom Wege heute besonders schädlich und verdammenswert.

Ein ehrliches Geständnis Lynchjustiz für Bela Kun

Die „Post“ entläßt sich über die Kundgebung der Berliner Arbeiterklasse für Bela Kun. Sie bezeichnet das Verlangen, den Verfolgten den Armen der ungarischen christlichen Mörderregierung zu entziehen, als pervers und fordert die verdiente Lynchjustiz. Da sich Bela Kun noch in Deutschland befindet, bedarf es doppelter Wachsamkeit. Denn das Verlangen der „Post“ wird sicherlich von weiten Kreisen geteilt. Nachdem von einem Blatt, das in enger Verbindung mit der im Lande residierenden deutschnationalen Mörderliga steht, die Drohung ausgesprochen worden ist, dürften sich auch bald die Männer der Tat einschleichen. Die Regierung weiß also, woran sie ist. Auch sie wird die Verantwortung zurückstellen, wenn an Bela Kun das von der „Post“ gewünschte Verbrechen verübt wird.

Die österreichische Darstellung

Aus Wien wird über den Vorgang noch gemeldet: Die Abfertigung des Kriegsgefangenenzuges, dem sich Bela Kun und drei andere Volkskommissare angeschlossen hatten, erfolgte auf Grund des Kopenhagener Vertrages. Derartige Züge haben internationalen Charakter, was die deutsche Reichsregierung auch bereits ausgesprochen hat. Das Ausfuhrland wird um die Erlaubnis im allgemeinen angegangen, ohne daß auf die Befehle des Zuges näher eingegangen wird. Ein Einfluß darauf, wer einem solchen Zuge angeschlossen werden kann, steht in erster Linie dem Bestimmungsland zu, und Russland, für das der Transport bestimmt war, war mit der verhängten Zusammenziehung einverstanden. Daß die deutsche Reichsregierung die Pflicht oder ein rechtliches Interesse daran habe, die Insassen des Zuges zu kontrollieren, war nicht anzunehmen. Auf die erste Anfrage, die von Berlin in dieser Angelegenheit kam, und welche die Person Levis betraf, konnte von der österreichischen Regierung die bindende Erklärung abgegeben werden, daß sich keine deutschen Staatsbürger in dem Zuge befinden. Nachdem der Zug den österreichischen Boden verlassen hatte, hörte die Angelegenheit auf, eine österreichische zu sein.

Die Schwierigkeiten in Deutschland entstanden dadurch, daß der Transport schon auf der Strecke Wien—Gmünd, dann in der

Nieho-Stowaket und endst in Deutschland eine solche Betätigung erlitt, daß er das Schiff in Steettin veräußerte und zwei Tage in dieser Stadt verblieb. Inzwischen wurde auf Induktion noch nicht festgestellten Ursprungs die Presse alarmiert. Es ist immerhin bemerkenswert, daß der Transport in Steettin schon auf das Schiff übergeführt war und das Schiff selbst erst nach der Ausfahrt in den Hafen von Emlenmünde zurückgeführt wurde. Vermutlich war also das Schiff schon auf hoher See und auch deshalb hatte die österreichische Regierung durchaus keinen Anlaß, den Transport zurückzunehmen. Uebrigens hatte sowohl der Kabinettsrat als auch der Hauptstaatssekretär schon im Voraus beschlossen, den Zug nunmehr auf österreichischen Boden zurückzunehmen. Die deutsche Reichsregierung ist von der Rückbesetzung abgestanden, ferner die Kriegsgefangenen weiter und nimmt einstweilen die Kommissare in Schutzhaft, bis die zwischige Behörde über ihr weiteres Schicksal entschieden haben wird. Nach dem Rechte des Deutschen Reiches scheint die Auslieferung von weiten politischen oder eines gemischtpolitischen Verstandes nicht möglich. Soviel bekannt ist, beabsichtigt die Reichsregierung, den Volkskommissar nicht, wie es in Oesterreich im Wege des Vertrages geschah, das Recht einzuräumen, sondern sie als ungewünschte Ausländer abzuschieben und nach ihrer eigenen Wahl an eine Grenze zu stellen.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die beiden aus dem Transport kriegsgefangener Russen ausgewählten Persönlichkeiten heißen nach ihren Angaben Kun, Bela, geb. 20. 2. 86 in Sjalapetsch, Gabor, Nofes, geb. 5. 5. 88 in Ughorod. Ihre Identität und Nationalität wird nachgeprüft. Für ihre Unterbringung und Ueberwachung ist Sorge getragen. Nach Mitteilungen der bisherigen ungarischen Vertretung befindet sich ein Kurier mit dem Auslieferungsbefehle der ungarischen Regierung bezüglich Bela Kun auf der Fahrt nach Berlin. Das Befehlen wird auf Grund des beizubringenden Materials genau geprüft werden.

Der Bock als Gärtner

Die Regierung hat über Ostpreußen den Belagerungszustand verhängt, angeblich zur Wahrung der deutschen Neutralität und zum Schutz der Grenzen. Wir haben bereits dargelegt, daß dafür der Belagerungszustand absolut nicht erforderlich ist. Er dient nur den geheimen Absichten der konspirierenden Militärs, deren Treiben gerade in Ostpreußen höchst gefährliche Formen angenommen hat. Eine geradezu hahnbürgische Leistung ist die Ernennung des Generals von Dassel zum obersten Inhaber der vollziehenden Gewalt. Nach einer offiziellen Darstellung soll es diesem obliegen.

Jede Formation, die bewaffnet die deutsche Grenze überschreitet, zu entwaffnen und zu internieren. Auf der anderen Seite wird er jeden Versuch, im Innern der Provinz eine bewaffnete Unterführung einer der kriegführenden Parteien zu organisieren, wie etwa durch Bildung wehrhaftiger Formationen oder roter Garden, rückföhrlos im Keime zu ersticken.

Dieser Dassel ist für die ihm gestellte Aufgabe der geeignetste Mann! Er hat sich in Ostpreußen bisher als Kapist betätigt und rein militärisch gerade die weißen Garden organisiert, deren Bildung er jetzt verhindern will.

Lebensmittelkundgebungen in Mainz

Mainz, 25. Juli.

Havas meldet: Bei Kundgebungen gegen die teure Lebenshaltung wurden zahlreiche Kaufläden geplündert. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. Neun Polizisten und sechs Manifestanten wurden verletzt. Dreißig Verhaftungen wurden vorgenommen. Die französischen Truppen stellten die Ordnung wieder her und zerstreuten die Menge. Die Gemeindebehörden haben Ansammlungen unter Androhung strenger Bestrafung verboten.

Die Unruhen in Island. Nachdem Freitagabend noch ein Mann und zwei Frauen getötet sind, beträgt die Zahl der Toten in Belfast 17.

Die Unruhen in China. Es wird gemeldet, daß im Norden von China am 19. Juli ein Waffenstillstand abgeschlossen worden ist.

Vom gerechten Zorn

Eine toteale Geschichte.

Von Jakob de Buriga.

Im Baumhatten einer Allee hatten wir sie angesprochen. Nachts um 11 Uhr.

Wir waren zu vielen; sie auch.

„Na, Kinder, ihr geht doch noch nicht nach Hause?“

„Natürlich! — was denken Sie denn von uns?“

„Kommt mit ins Cafe, laßt euch nicht lange zureden.“

„Das möchten Sie wohl... nein! so spät auf keinen Fall.“

Gegen 1/2 drückten wir uns zu Zweien und Zweien aus dem Park.

Der Morgen blühte aus verlöschenden Straßenlaternen. Die Beschäfter waren schlaf.

„Mit denen läßt sich allerhand anstellen“, sagte der eine, als wir drei allein nach Hause schritten.

„Die sind zu allem zu fähig“, gab der andere gähmend zurück.

Bebel, die Achtzehnjährige, blondhaarige, hatte große, tiefe, dunkle Augen.

Sie sagte später, sie wüßte es selbst nicht, warum sie mir gleich am ersten Abend, an dem wir allein waren, alles über ihr Leben enthüllte.

Daß sie Fabrikarbeiterin war und mit 12 Geschwistern in zwei verwahrlosten Räumen zusammenhaute, — daß einer ihrer Brüder wegen Zuhälterei im Zuchthaus lag, — daß ihr der Vater oft in der Trunkenheit, und auch wenn er nüchtern war, ins Gesicht schlug und sie anbrüllte, sie sollte sich reiche Kavaliere suchen, damit die Familie nicht in solchem Elend leben dürfe.

„Was magst du mir nicht mehr“, flüsterte sie nach langem Schweigen, als ich noch immer ratlos und stumm ihre Hände umschmeichelte.

Ihre großen dunklen Augen hatten einen feuchten Glanz.

„Als wir uns verabschiedeten und schon wieder die Laternen verlöschten, zog ich sie fest an mich: „Wißt du versuchen, gut zu bleiben, wenn ich dich nicht verlasse?“

„Ja“, brach es wie ein Quell der Freude aus ihr hervor; sie lächelte mich leidenschaftlich und hüllte ins Haus.

Nach einigen Tagen traf ich mit den beiden Kollegen zufällig wieder zusammen.

Seine war die niedrigste von den Dreien, die wir da neulich angesprochen hatten, Aug der eine im Laufe der Unterhaltung an. Und als er merkte, daß ich das Gespräch abzulenkten suchte, fuhr er mit zynischer Lust fort:

„Gestern war ich auf meiner Wube. Erst war sie etwas spröde, nachher habe ich mit ihr machen können, was ich wollte.“

„Du?“ würgte es sich aus meiner Kehle. Meins Stirn spannte sich über den Augen.

Wir gingen in ein Restaurant und sprachen von etwas anderem.

Am nächsten Abend wartete Bebel an der verabredeten Ecke auf mich — mit einem Rißloch im Ärmel.

Sie kradete mir ihre Arme entgegen.

„Du bist mit dem anderen zusammen gewesen?“ Ich ließ sie an und riß ihre Hände zurück.

Bleich stand sie vor mir — lange Zeit, ohne ein Wort über die Lippen zu bringen.

„Ja“, nickte sie dann unendlich traurig, und ihre großen dunklen Augen hatten denselben feuchten Glanz — wie neulich, als sie flüsterte: „Nun magst du mich wohl nicht mehr?“

„Ich weiß nur noch, daß mich in diesem Augenblick ein eisiger Schmerz durchschlägt.“

„Gut“, lächelte ich wie ein Rasender auf, daß sich einige Leute auf der andern Seite der Straße umblühten. —

Dann kürzte ich fort.

Früher, warum erzähle ich euch diese ewige toteale Mitleidigkeit?

„Na, glaubt mir, begreift doch endlich: Der kleinste Schimmer Wärme übertrahlt Kernhoch unseren gerechten Zorn!“

„Ich habe gestern Abend Bebel wiedergesehen — in eleganten Kleidern und lobbarem Beh — nicht im Baumhatten einer Allee, sondern in der Dunkelheit einer kalten, grauen Mauer. Diesmal sprach sie mich zuerst an. Sie hat mich nicht erkannt. Wie sollte sie auch von den vielen... vielen...“

Multatuli:

Aus „Tausend und ein Beruf“.

In allen Berufsmenschen liegt etwas Langweiliges, Ungegenwärtiges, etwas, das im Gegensatz steht zu der vielseitigen, reichen, freigeigigen Natur, die sich nicht mit Verteilung von Arbeit und Studium abmüht. Ihr Wissen und Wirken ist allgemein. Chemie, Mathematik, Statik, Sternkunde, Geschichte, Verweisung, Wachstum, Kristallisation — alles birgt sie in ihrem unendlichen Vorrat, alles wendet sie an, alles beherrscht sie, alles bringt sie zustande durch gleichzeitige und harmonische Nutzung ihrer Kräfte, — einer Harmonie, die soweit geht, daß wir nicht begreifen können, wie alles vermöge eines Geistes, einer Kraft, und mit nur einer Art von Materie vollbracht wird.

Das Abweichen von dieser Allseitigkeit der Natur ist Ungehorsam gegen die Anweisung, die sie uns gibt. Mag es auch eine verzeihliche Ursache unserer Unvollkommenheit sein, so ist es doch ein Fehler, die Abweichung zum System zu erheben. Ich weiß wohl, daß hierzu die Organisation unserer Gesellschaft den Anlaß gibt, aber die eine Verantwortlichkeit entschuldigt nicht die andere. Gerade durch das allzu mechanische Einteilen von Berufen, ist die Gesellschaft zu dem geworden, was sie ist. Eine verkümmerte Vererbung von Arbeit mag in bestimmten Fällen notwendig sein, um nicht zugrunde zu gehen im blutigen Kampf uns Dasein; aber die Philosophie entlehnt ihre Vorschriften nicht der durch Not zu Fehlern gezwungenen Industrie. Es ist gerade ihre Aufgabe, Mittel zur Verbesserung dieser Fehler zu finden. Will auch die Erreichung dieses Zieles unmöglich erscheinen, so bleibt doch allezeit das Streben danach die Aufgabe von dem besseren Teil der Menschheit. Gleich einem bössartigen Tarquinius, töstert, hobelt und schneidet das Berufs-System alles hinweg, was hervorragt und erniedrigt dadurch immer mehr das tiefliegende Niveau der Mittelmäßigkeit. — Mittelmäßigkeit — wird sich meistens mit dem Begriff „schlecht“ bedecken, wenn wir uns in Aufrichtigkeit fragen, was „gut“ ist. Je länger

die Menschen in einem „Fach“ tätig sind, desto mehr gehen sie darin auf, und das Menschsein wird Ausnahme.

Das ist traurig!

„Wer viel beginnt, vollbringt nur wenig.“ Sicher! Ich predige keine unüberlegte Zerstückelung der Kräfte. Wer sich zu viel vornimmt, wird sich nur einen Beruf von verwirrten Begriffen schaffen. Aber ebenso wahr ist es, daß man zu keinem richtigen Urteil gelangt, wenn man einen allzu geringen Teil von all dem nur bloße anstiert, was uns umgibt. Geistiges und Stoffliches stehen miteinander in Beziehung, — unmittelbar mit dem nächstliegenden, mittelbar mit dem Entferntesten. Im Erfassen der Erdlinge ist die Beachtung dieses Zusammenhanges unerlässlich. Wer nur mit einer Lupe die Steine eines Gebäudes betrachtet, kann höchstens ein Urteil fällen über die Art des Materials, das Gebäude selbst hat er nicht gesehen. Dazu ist ein weiteres Gesichtsfeld erforderlich, mehr Bildraum.

Wer wenig erreicht, der beginnt zu wenig“, möchte ich das angeführte Sprichwort umdeuten. Die richtige Grenzlinie zwischen zu viel und zu wenig ist schwer zu ziehen, aber wer sich nur das Allgeringste zum Ziel setzt, für den wird sicher keine Weisheit zu finden sein. Wir können — das ist wahr — keinen Sonnenstrahl unspannen, aber das Staubföhrchen ebensoviele. Die Elsterer für das Richtige, die Anbieter der abgöttischen Kleinheitskrämerei sind — selbst nach dem Maßstab ihres eigenen beschränkten Strebens — ebenso weit von Wahrheit und praktischem Nutzen entfernt als der verunglückte Hochflieger, der dann wenigstens noch ein wehmütiges „Ich habe Großes gewollt“ anführen kann zur Begründung seines Elends. „Wer zu viel will, erreicht nichts“, heißt es allgemein. Das ist unrichtig. Das Wollen selbst ist etwas und das Betrachterswürdige nicht. Das Willeben mit dem gesallenen Wiler schließt keine Ehrfurcht aus, aber eine stolpernde Schildkröte ist lächerlich.

„Unser Leben ist zu kurz, um allem Interesse zuwenden zu können“, wisst man ein.

„Unser Leben ist zu kurz dafür, um alles verwahrlosen zu lassen“, ist meine Antwort. Gerade der dauernde Versuch, den Zusammenhang zwischen allem und allem zu finden, ist nötig, damit wir auch von den Unterleuten etwas begreifen. Seelische und verstandesmäßige Entwicklung — gleichbedeutend mit Arbeit, Genuß und Tugend — ist die Folge und Belohnung von aneinander kritischer Vergleichung der Tatsachen, die die Natur uns vorlegt. Wer den Blick vom Schauspiel abwendet, den Vergleichspunkten keinen Aufmerksamkeit beizumessen, und so die harmonische Entwicklung seiner Veranlagung vernachlässigt, schrumpft zusammen zum Tier, zur Maschine, zum Gegenstand.

Der Stein liegt. Das ist alles, was er kann... sein Beruf!

Wir wollen mehr sein als ein Stein.

Das Rad dreht sich. Es kann nicht anders... sein Beruf!

Wir wollen mehr sein als das Werkzeug, das sich so dumm einig bewegt.

Die Pflanze grünt, blüht, verodert und stirbt ohne Genuß, Pech und Bedarf... ihr Beruf! Wir wollen mehr sein als so eine Pflanze.

Die Kuh frist Gras, zerkaut es, frist wieder Gras und zerlaut es wieder, bis sie geklachtet wird. Das ist ihr Beruf!... Empor, empor!

Die Berufung des Menschen ist Mensch zu sein.

(Freie Uebersetzung von F. J. W.)

